

Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB)

Bekanntmachung

des Satzungsbeschlusses für die
Einbeziehungssatzung für den Ortsteil Adelsdorf,
Markt Neuhof a.d.Zenn

Der Markt Neuhof a.d.Zenn hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 20.03.2018 die Einbeziehungssatzung für den Ortsteil Adelsdorf, Markt Neuhof a.d.Zenn, als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Einbeziehungssatzung in Kraft.

Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem Lageplan der Einbeziehungssatzung in der Fassung vom 20.03.2018:



Auszug des Lageplans der Einbeziehungssatzung für den Ortsteil Adelsdorf, Markt Neuhof a.d.Zenn, unmaßstäblich

Jedermann kann die Einbeziehungssatzung mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in Satzung berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen die Satzung nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, im Rathaus Neuhof a.d.Zenn, Marktplatz 10, 90616 Neuhof a.d.Zenn, während der allgemeinen Öffnungszeiten, (Montag - Freitag 8:00 - 12:00 Uhr, Montag - Mittwoch 14:00 - 16:00 Uhr, Donnerstag 14:00 - 18:00 Uhr) einsehen, und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und

von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächen-nutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungs-vorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Einbeziehungssatzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Neuhof a.d.Zenn, 12. April 2018

Thürauf, (1. Bürgermeister)